A 1NEU3 Erhalt und Erweiterung der Lebensräume von Hecken und Stauden

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

Bündnis 90/ Die Grünen München setzen sich für den Erhalt und die Erweiterung der Lebensräume von Hecken und Stauden auf öffentlichen Grund ein. Dazu fordern wir die Stadt auf bereits vorhandene Hecken und Stauden zu schützen und vor allem dafür zu sorgen, dass die alljährlichen sogenannten Pflegemaßnahmen zu keiner Einschränkung des Lebensraums und der Artenvielfalt führen.

Zudem fordern wir neue Flächen für die Entwicklung der Lebensräume von Hecken und Stauden zu suchen und zu entwickeln.

Wir fordern im Detail:

- Den Erhalt von Hecken in einer Breite von mindestens 3 m, wenn möglich 5 m.
- Die sachgemäße Pflanzung von Hecken und Stauden gemäß ihrer Lichtbedürfnisse
- Wegen der Widerstandsfähigkeit sollen Wildformen, autochthonischer Herkunft gepflanzt werden, keine gärtnerischen Ziersorten
- Die Ausarbeitung eines Hecken- und Staudenkonzepts in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden
- Stellen, an denen wegen der vorhandenen Spaten keine Bäumen gepflanzt werden können, sollen statt dessen Hecken und Stauden gepflanzt werden

A 3NEU2 Fusion der Arbeitskreise "Tierschutz" und "Ernährung"

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

Die Arbeitskreise AK Tierschutz und AK Ernährung werden zusammengelegt zu einem neuen "Arbeitskreis Tierschutz und Ernährung"

A 4NEU Umbenennung des AK Klima

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

Der Arbeitskreis Klima wird umbenannt in „AK Klima, Umwelt und Natur“.

A 5NEU2 Vorbildlicher Baumschutz - Ein Beitrag zur Klimaneutralität

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

Die Grünen München setzen sich als Partei gemeinsam mit der Stadtratsfraktion und den Bezirksausschussfraktionen dafür ein, Baumschutz als übergeordnetes Anliegen wahrzunehmen, wenn die Landeshauptstadt oder ihre städtischen Tochtergesellschaften Bäume fällen.

Dabei soll es keine Rolle spielen, ob wegen Baumaßnahmen oder Baustellen Bäume gefällt werden müssen und ob die zu fällenden Bäume der Baumschutzverordnung unterliegen.

Wo die Stadt Bäume fällt, müssen diese verpflichtend und sowohl in Anzahl als auch insbesondere im Grünvolumen ersetzt werden.

Die Stadt pflanzt größtmögliche Bäume nach und sie pflanzt so viele Bäume nach, wie möglich. Wenn dies nach Baustellen- oder Baumaßnahmen-Rückbau vor Ort nicht möglich ist, gleicht die Stadt mit Ersatzpflanzungen an anderen Orten und mindestens unter Berücksichtigung des verlorenen Grünvolumens aus.

Unabhängig von der Baumschutzverordnung betrachtet die Stadt alle Bäume auf öffentlichem Grund als ersatzpflanzungswürdig.

A 6NEU2 Anwendung der Vorkaufsrechte in Erhaltungssatzungsgebieten sichern: Klarstellung des § 26 Abs 4 BauGB und damit bezahlbaren Wohnraum erhalten und Milieuschutz sichern

Gremium:	Stadtparteitag
Beschlussdatum:	28.11.2021

Antragstext

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Grünen München, insbesondere der KV München, die Münchner MdBs und die Münchner Stadtratsfraktion werden gebeten, bei der Grünen Bundestagsfraktion, insbesondere beim Grünen Ampel-Kern-Verhandlungsteam darauf hinzuwirken, dass der § 26, Abs 4 BauGB mit folgendem Satz ergänzt wird: „Dies gilt nicht in Gebieten nach § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2.“

A 7NEU2 Elektrokleingeräte lokal sammeln, wieder aufbereiten und global wertvolle Ressourcen schützen!

Gremium:	Stadtparteitag
Beschlussdatum:	28.11.2021

Antragstext

Antragstext

Die Stadtratsfraktion Grüne/Rosa Liste wird gebeten, nach dem Stadtparteitag am 27./28.11.2021, die Stadt München dazu aufzufordern, analog zur Zero-Waste-Strategie der AWM und dem Circular-Economy-Konzept das Thema "Elektrokleingeräte im Abfallwirtschaftsystem der Stadt München" in der Abfallwirtschaftsstrategie in den Fokus zu rücken und geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um die Sammelquote in München zu verbesseren.

Ziel soll sein, die Bürger:innen stärker auf die Ressourcen-Problematik aufmerksam zu machen und gleichzeitig durch geeignete stärkere Partizipation der Bürger:innen, z.B. durch einen Mikro-Bürger:innenrat eine bessere Sammelquote zu erzielen.

Folgende Maßnahmen werden gefordert:

- ein Mikrobürger:innenrat mit Planungszelle: Es wird vorgeschlagen, 15 Mitglieder (oder deren Vertreter:innen) aus dem neu gegründeten Klimarat auszulosen, diese beraten daraufhin innerhalb eines Tages über die Problematik der Elektroschrott
- niederschwellige Sammlungsmöglichkeiten: z.B. isolierte Container oder Abgabeautomaten für Elektrokleingeräte
- Elektrokleingeräte in der bisherigen Abfallwirtschaft ausreichend mitdenken
- Geräte der öffentlichen Stellen auf Nachhaltgkeitsindikatoren prüfen
- Geräte von Refurbed-Resellern mitbedenken bzw. Gebrauchtgeräte an Refurbed-Hersteller übergeben
- AWM-Infovideo zur Wiederaufbereitung und Weiterverarbeitung von Elektroaltgeräten erstellen

Begründung

Begründung

Pro Jahr werden in Deutschland 10,3 kg Elektroaltgeräte recycelt. Seit 2011 ist der Pro- Kopf-Anteil von 3,8 kg innerhalb Bayerns auf 7,7 kg im Jahr 2019 gestiegen. In München wurden 2019 5 kg pro Kopf an Elektroaltgeräten recycelt. Die Sammelmenge der Elektroaltgeräten in München betrug im Jahr 2020 **7.740,03 t.** Davon beläuft sich der Anteil der Elektrokleingeräte immerhin auf **2.969,71 t**. Außerdem wurde die EU-weit verbindliche Sammelquote für EU-Mitgliedstaaten 2019 auf 65% erhöht, Deutschland scheiterte schon 2018 an 45%. Daran sollte sich etwas ändern. München will als Millionenmetropole ein Vorbild in Sachen Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz sein. ass München die sozio-ökologische Transformation ernst nimmt, beweisen die Bestrebungen zur Zero Waste City und zur Circular Economy seit 2019. Daher dürfen hier auch die Elektrokleingeräte nicht vergessen werden.

Hinzu kommt, dass die Kreislaufwirtschaft bei den Elektrokleingeräten meist bei Stufe 2 - dem Ausbau der Einzelteile - endet. Nicht funktionsfähige Platinen müssen umfassender wiederaufbereitet werden, um vollständig in eine Kreislaufwirtschaft übernommen werden zu können.

Daher fordern wir zusätzlich zu dem Beschluss zur Circular Economy eine kommunale Initiative für Elektroaltgeräte, um die Wiederaufbereitung der Geräte lokal zu sichern. Um unseren kommunalen Beitrag zu leisten, bundesweit den EU-Vorgaben langfristig entsprechen zu können, brauchen wir kommunale Zielsetzungen zu Sammel- und Recyclingquoten sowie breit verteilte Sammelstellen für alle Bürger:innen, um einen möglichst niederschwelligen Zugang zur Sammlung zu gewährleisten. Möglich wäre hier auch ein städtisches Reward-System an Wertstoffhöfen. Auch der Einsatz von Refurbed- und Leihgeräten in der Verwaltung und öffentlichen Stellen sollte selbstverständlich sein.

Hinzu kommt das regionale Fördern von innovativen Ansätzen und Initiativen im Bereich der Circular Economy, die die Wiederaufbereitung von Metallen und Seltenen Erden sowie neue Ansätze im Herstellungsprozess und Produktdesign überhaupt erst möglich machen.

A 8NEU2 Antrag die digitale Infrastruktur des KV Münchens auf die Verringerung der Co2 Bilanz zu prüfen. Zero Waste und Carbon Zero auch im Digitalen mitdenken.

Gremium:	Stadtparteitag
Beschlussdatum:	28.11.2021

Antragstext

Der Vorstand wird aufgefordert, nach dem Stadtparteitag die digitale Infrastruktur des KV Münchens auf die Verringerung der CO2-Bilanz zu prüfen. Dies bedeutet, dass wir als AK Digitales fordern, dass die digitalen Strukturen/Kollaborationstools ebenso wie bereits für die Webseite des KVs angedacht, nachhaltig und CO2 leichter gestaltet werden. Wir als Grüne Partei sollten hier als überzeugendes Beispiel vorangehen und zeigen, wie man digitale Kommunikation klimabewusst, schlank, transparent und widerstandsfähig gestaltet. Damit kann ein noch nicht ausgeschöpfter Beitrag zur CO2-Neutralität geleistet werden, ohne dass dabei auf Qualität oder Funktionalität verzichtet werden muss. Anspruch sollte selbstverständlich auch sein, digitales nachhaltig und barrierefrei zu denken.

Zielsetzung Ziel des Antrages ist es, die Partei sowie ihre Mitglieder darauf aufmerksam zu machen, dass auch unser digitales Handeln möglichst klimapositiv gestaltet werden muss. Der Vorstand wird gebeten, hier durch parteiinterne Maßnahmen Handreichungen zur Information und Bewusstmachung für alle interessierten Mitglieder zur Verfügung zu stellen.

Folgende Schritte sehen wir beispielsweise konkret:

1. Prüfung und eventuelle Komprimierung der gespeicherten Cloud-Daten

2. Video-Streaming bei Veranstaltungen und Videokonferenztools, so einstellen, dass die Video-Qualität für das verwendete Gerät angepasst werden kann, z.B. Zoom-Accounts auf Originalverhältnis einstellen nicht HD.

3. Newsletterversand - Verteilerpflege, Bilder-Größen überprüfen

4. Prüfen der Notwendigkeit des Speicherns von großen Dateien z.B. ab 1 GB

5. Nutzung von temporären-Ordner: Selbstständige Löschung von Dateien nach 3 Monaten anbieten, statt unbegrenzte Speicherung

6. Durchführung eines innerparteilichen Digital Clean Up Days für nicht mehr benötigte Daten einmal pro Jahr, um Datenmüll zu entsorgen (auch für Files für Parteizwecke auf privaten Festplatten/Servern/Postfächern)

7. Entwickeln von barrierfreien Leitfäden für grüne Mitglieder, um im digitalen Alltag klimabewusst handeln zu können.

A 10NEU Keine massive Okkupation des öffentlichen Raums durch die IAA mehr!

Gremium:	Stadtparteitag
Beschlussdatum:	28.11.2021

Antragstext

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Münchner Grünen stehen für eine konsequente Mobilitätswende, die auf klima- und umweltschonende Mobilitätsformen setzt. Die bisher auf Bundes- und Landesebene sowie vom VDA verfolgte Politik einer Förderung von Autos mit Verbrennungsmotoren lehnen wir ab.

Die IAA Mobility hat 2021 in München unter Nutzung zentraler öffentlicher Plätze stattgefunden. Die Nutzung des öffentlichen Raumes für die Ausstellung von Fahrzeugen und Individualinteressen darf nicht mehr ohne öffentliche Debatte im Vorhinein stattfinden. Beschlüsse zur Nutzung der Münchner Plätze dürfen nicht mehr hinter verschlossenen Türen in nicht-öffentlichen Sitzungen des Stadtrats oder aber von Messe München und dem Referat für Arbeit und Wirtschaft getroffen werden. Den Münchner Bürger*innen muss die Möglichkeit gegeben werden, nicht erst die Ergebnisse zu diskutieren, während oder nachdem die IAA stattfindet bzw. stattgefunden hat, sondern müssen bereits im Vorfeld mitdiskutieren und -gestalten können.

Die massive Okkupation des öffentlichen Raums durch die IAA Mobility 2021 darf sich nicht wiederholen! Die Grünen München lehnen die Nutzung des öffentlichen Raums in der Form für die kommende IAA im Jahr 2023 sowie die Option, die IAA im Jahr 2025 erneut stattfinden zu lassen ab.

Die Landeshauptstadt München hat sich zwar für die nächste Ausgabe der IAA verpflichtet und dieser vertraglichen Verpflichtung muss die Landeshauptstadt im Grundsatz nachkommen. Es ist aber derzeit nicht klar, wie und in welcher Form die Nutzung des öffentlichen Raumes vertraglich geregelt ist.

Auch die Einrichtung einer Blue Lane ist nicht im Interesse der Grünen München und soll in den Folgejahren nicht unterstützt werden.

Die Grünen München fordern die anteilige Offenlegung der Verträge zwischen dem Verband der Automobilindustrie e.V. und der Messe München GmbH – insbesondere jener Stellen des Vertragswerks, welche die Nutzung der öffentlichen Räume betreffen.

Proteste gegen die IAA

Zur Demokratie gehört der Protest. Friedliche, kreative Protestformen, bei denen niemand zu Schaden kommt, müssen erlaubt und möglich sein und sind legitim und notwendig. Die Grünen München begrüßen es, dass die Zivilgesellschaft sich einmischt und Position bezieht bei dem wichtigen Thema Mobilität – denn davon sind alle Menschen betroffen und die Regierung in Bund und Land hat es bis heute nicht geschafft, Mobilität sozial, klimagerecht und für alle attraktiv zu gestalten. Klar ist auch: Ohne den Protest der Zivilgesellschaft hätte die notwendige Transformation der (Automobil)-Industrie während der letzten Jahre auf keinen Fall derart an Geschwindigkeit gewonnen.

Die Grünen München unterstützen die grün-rosa Stadtratsfraktion in ihrem Anliegen, gewaltfreie Proteste nicht durch verwaltungsrechtliche Hürden massiv einzuschränken, sondern dass das Recht, das den Protestierenden zusteht, wahrgenommen werden kann. Zudem kritisieren wir das Vorgehen des KVR, unverhältnismäßig strenge Auflagen gegen die Proteste erlassen zu haben, besonders gegenüber Mobilitätswende-Camp und Radsternfahrt, während gleichzeitig der IAA in ihren Open Spaces massive Eingriffe in den öffentlichen Raum gewährt wurden.

Wir unterstützen die Bestrebungen der grünen Landtagsfraktion den Polizeieinsatz der vergangenen IAA parlamentarisch aufzuklären.

Mobilitätskongress aufwerten

Die Grünen München fordern den Stadtrat auf, den Mobilitätskongress aufzuwerten. Es braucht vielfältige Angebote der Zivilgesellschaft, mehr Platz und Sichtbarkeit im öffentlichen Raum, längere Planungsvorläufe und ein Marketingkonzept, das nicht nur die Fachkreise anspricht, sondern die gesamte Münchner Bürger*innenschaft. Hier müssen alle Akteur*innen des Umweltverbundes eingebunden und unterstützt werden. Von Bahn über den ÖPNV, Fahrrad bis zum Fußverkehr und die dafür eintretenden Organisationen und Verbände.

Die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen soll frühzeitig passieren und ihnen auf dem Kongress ausreichend Raum für Ideen und Konzepte geboten sein. Zudem soll gerade die Bürger*innenbeteiligung bei Kongress gefördert werden.

Es soll es ein Mobilitätskongress für alle werden: auf einer solchen Messe sollen auch Punkte wie Inklusion mitgedacht werden und aufgezeigt, wie man eine Mobilitätswende für alle gestalten kann.

A 11NEU Nachlese zur IAA mobility 2021

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

1. Die Münchner GRÜNEN beschäftigen sich intensiv und aufrichtig damit, wie es – zumindest aus ur-GRÜNER Sicht – zu einer solch massiven Okkupation des öffentlichen Raums durch die deutsche Autoindustrie im Herzen Münchens kommen konnte.

2. Die GRÜNE Stadtratsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass sich eine derartige Besetzung des öffentlichen Raums mit entsprechenden wochenlangen Nachteilen für den innerstädtischen Fuß- und Radverkehr 2023 nicht wiederholt. Insbesondere muss der ausufernden Produktwerbung der Autoindustrie Einhalt geboten werden. Wünschenswert wäre der vollständige Verzicht auf den „IAA open space“ im Münchner Zentrum, wenn vertraglich noch möglich.

3. Die GRÜNE Stadtratsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die
Verlängerungs-Option IAA 2025 nicht umgesetzt wird, das heißt, dass es keine IAA 2025 oder später in München mehr geben wird. Die Stadtversammlung der Münchner GRÜNEN wird regelmäßig über die o.g. Aktivitäten und Erfolge durch die Stadtratsfraktion unterrichtet.

4. Stattdessen wird eine zukunftsfähige Mobilitätsplattform (z. B. Mobilitätskongress mit begleitender Messe) nach dem Leitbild „München Modellstadt 2030“ durch die LHM und die Messe München konzeptionell entwickelt und baldmöglichst umgesetzt. Beteiligt werden sollen dabei alle „Player“ im umweltbewussten Mobilitätsbereich (Bahn, ÖPNV, Fahrrad,Fußverkehr und die dafür eintretenden Organisationen und Verbände) mit der Schwerpunktsetzung „zukunftsfähige, flächensparende und klimaschonende Mobilität im urbanen Raum“. Der Verband der Automobilindustrie (VDA) darf dabei keine herausgehobene Rolle als Veranstalter mehr spielen.
Die Münchner Grünen stellen dazu fest, dass die Bemühungen der Automobilindustrie bisher nicht ausreichend sind, um eine echte Mobilitätswende zu ermöglichen. Bisherige Bestrebungen zielen besonders auf eine Antriebswende ab, diese kann jedoch langfristig nicht ausreichend sein, da sie grundlegende Probleme wie auch z. B. den Platzmangel in Städten und Flächenversiegelung nicht

zu lösen vermag. Wir fordern daher, dass eine weitere Ausrichtung der Messe einhergeht mit einem bewussten und deutlich sichtbaren Bekenntnis zu einer echten Verkehrswende.

5. Die GRÜNE Stadtratsfraktion setzt sich nach Kräften dafür ein, dass bei der IAA 2023 (und anderen Veranstaltungen) gewaltfreie klimaschützende junge und ältere Menschen bei ihren Aktivitäten durch die Stadtspitze unterstützt und herzlich willkommen geheißen werden.

A 15NEU Aktuelles Leerstands-Potential als Lösung für Wohnraumknappheit nutzen

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

Die grünen Mitglieder in München - insbesondere im Stadtrat - werden gebeten, sich der intensiven Ausarbeitung und Auseinandersetzung mit alternativen Möglichkeiten zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu widmen. Wir Grüne haben uns vorgenommen, in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen den Ausbau zu günstigem Wohnraum zu fördern [1], jedoch umfasst dieses Ziel bislang keine verbindlichen **Maßnahmen im Umgang mit Leerstand**. Die derzeit festgelegten Ziele für eine angestrebte Wärme- und Bauwende (z.B. Klima-Sanierungs- offensive bei Gebäuden) müssen dringend um eine **Handlungsstrategie der Nutzbarmachung von gebauten Raumressourcen** ergänzt werden, insbesondere bei **Büroleerstand** (infolge der Zunahme des Homeoffice). Diesen Leerstand gilt es im Sinne des Rechts auf Wohnen kommunal zu erfassen und auf Wohntauglichkeit bzw. Umnutzung zu Wohnraum zu prüfen.

Deshalb werden vor allem unsere Stadträt*innen gebeten, sich aktiv für eine **verpflichtende, kommunale Leerstandserfassung** einzusetzen, die sich nicht mehr auf dem ehrenamtlichen Engagement der Bürger*innen ausruht. Da die Beschaffung und Integration realer Daten der Stadt einen enormen Aufwand bedeutet, kann die **Datenerfassung per „Digitalem Zwilling München“** erleichtert werden [2]. Eine **Verschärfung der Zweckentfremdungssatzung auf längerfristig ungenutzte Gewerbeobjekte** wäre mittelfristig zu empfehlen. Um in München langfristig eine **nachhaltige Bauwende** einzuleiten, wird der Stadtverwaltung der regelmäßige und intensive Austausch mit Expert*innen des Architects4Future- Bündnisses München nahegelegt.

[1] https://www.gruene.de/themen/wohnen

[2] https://muenchen.digital/twin/

A 18NEU Freie Fuß- und Radwege sicherstellen

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 28.11.2021

Antragstext

Die Grünen München und ihre Mandatsträger*innen wirken darauf hin, dass Geh- und Radwege hinreichend kontrolliert werden, damit diese frei von haltenden oder parkenden KfZ bleiben und eine sichere Benutzung sowie freie Sichtbeziehungen an Kreuzungen und Einfahrten möglich werden.

A 21NEU Dringlichkeitsantrag: Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie

Gremium:	Stadtparteitag
Beschlussdatum:	01.12.2021
Tagesordnungspunkt:	0.3. Sonstiges

Antragstext

Die Corona-Situation in ganz Deutschland und auch in München spitzt sich derzeit zu. Mit anhaltend täglich über 60.000 Neuinfektionen in Deutschland sind die Infektionszahlen auf einem Höchststand seit Beginn der Pandemie. Die Tendenz ist steigend.

Das bedeutet nach Aussagen des RKI-Chefs Lothar Wieler, dass bei den derzeitigen Mortalitätsraten täglich 400 - 500 Personen an Corona sterben werden. Sowohl er als auch zahlreiche Wissenschaftler*innen der Lepoldina appellieren sehr eindringlich an die Politik, weitergehende Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu ergreifen. Auch Umfragen zeigen, dass sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung stärkere Infektionsschutzmaßnahmen wünschen.

Selbst ohne die Unsicherheit der möglicherweise infektiöseren und den Impfschutz umgehenden neu aufgekommenen Variante „Omikron“ zeigen die aktuellen Zahlen, dass es nicht reicht, weitergehende Infektionsschutz-Maßnahmen auf Ungeimpfte zu beschränken. Wir fordern im Folgenden deshalb auch stärkere Maßnahmen für vollständig Geimpfte. Diese Einschränkungen für - und somit eingeforderte Solidarität von - Geimpften muss jedoch damit einhergehen, dass bisher Ungeimpfte ihren Beitrag zur Beendigung der Pandemie beitragen. Wir schließen uns deshalb auch der Forderung der Lepoldina an, „die Vorbereitung zur Einführung einer allgemeinen Impfpflicht unter Berücksichtigung der dafür erforderlichen rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen“ in die Wege zu leiten und möglichst bald umzusetzen.

Wir fordern, dem Papier der Leopoldina folgend:

1) Massive Verstärkung der Impfkampagne

- „Die Einbeziehung anderer Berufsgruppen in die Impftätigkeit (Apotheker, Amtsärzte, Zahnärzte, Pflegekräfte und Hebammen), ggf. mit fachlicher und logistischer Unterstützung der Bundeswehr, des THW und anderer anerkannter privater Hilfsorganisationen in der Katastrophenvorsorge“

- „Eine weitere Verstärkung „aufsuchender Impfangebote“ an Orten mit hohem Personenaufkommen (z.B. Bahnhöfe, Ämter, Einkaufszentrum), an sozialen Brennpunkten, in Seniorenheimen sowie für Personen, die sich vornehmlich im häuslichen Bereich aufhalten“ (Quelle: Papier Leopoldina)

Die Umsetzung der zweiten Maßnahme liegt zumindest in Teilen in städtischer Hand. Die Grün-Rosa Stadtratsfraktion hat dazu bereits Anträge gestellt und wird dieses Anliegen in den kommenden Tagen weiter vorantreiben. Für erstere appellieren wir an Bund und Land die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

2) Deutliche Kontaktreduktion

Entsprechend der „Option 1: Sofortige umfassende Kontaktbeschränkungen, zumindest in Regionen mit hoher Inzidenz“ des Papiers der Leopoldina, fordern wir den Freistaat auf, den Maßnahmenkatalog, der bisher für Städte und Landkreise mit einer Sieben-Tage-Inzidenz über 1.000 gilt, so bald wie möglich und bis Ende Dezember in München beziehungsweise in ganz Bayern umzusetzen.

Konkret bedeutet dies:

- „Sämtliche Einrichtungen und Veranstaltungen, die bisher Zugangsbeschränkungen nach 2G plus / 2G / 3G plus / 3G unterliegen, sind geschlossen.

- Das bedeutet insbesondere die Schließung von Freizeit-, Kultur- und Sportveranstaltungen *(Anm.: insbesondere Fußballspiele)*, der Gastronomie, des Beherbergungswesens, von körpernahen Dienstleistungen (ausgenommen Friseure), Sport- und Kulturstätten sowie – hinsichtlich ihrer Präsenzangebote – von Hochschulen, außerschulischen Bildungseinrichtungen und der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung.

- Die Schulen und Kindertagesstätten bleiben geöffnet. *(Anm.: siehe auch Punkt 3)*

- Der Groß- und Einzelhandel bleibt geöffnet, es gilt aber eine Kundenbegrenzung auf einen Kunden je 20 m2 Ladenfläche sowie 2G Regel, mit Ausnahme der Grundversorgung.

- Medizinische, therapeutische und pflegerische Leistungen bleiben im Notfall wie immer weiterhin ohne Zugangsbeschränkung zugänglich. Außerhalb von Notfällen gilt die 3G Regel.“

3) Berücksichtigung der besonderen Situation von Kindern und Jugendlichen

Trotz einer Warnung, dass „die hohen Inzidenzen auch unter ihnen *(Anm.: Kinder und Jugendlichen)* die Fälle von schweren Erkrankungen zunehmen“ lassen, schreibt die Lepoldina die „Aussetzung der Präsenzpflicht und einen Wechselunterricht an Schulen sowie die Schließung von Kitas sollten möglichst vermieden werden“. Damit einher geht jedoch auch die Empfehlung der Impfung von Kindern und Jugendlichen ab fünf Jahren und ein Vorziehen der Weihnachtsferien.

Wir schließen uns dieser Positionierung an. Die Stadtverwaltung erfährt seitens der Grün-Rosa Stadtratsfraktion alle Unterstützung, um möglichst rasch Impfmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ab 5 Jahren aufzubauen. Wir appellieren an den Freistaat, die Weihnachtsferien bereits ab Samstag, 18. Dezember beginnen zu lassen.
Außerdem erkennen wir die rasante Prekarisierung der Situation junger Menschen in Ausbildung und Studium und fordern die Bundesregierung zur schnellen, unbürokratischen und elternunabhängigen Öffnung des BAföG als Vollzuschuss auf.

4) Heranziehen von zusätzlichen Krankenhaus-Kapazitäten

Wir fordern den Freistaat auf, den Katastrophenfall auf die höchstmöglichste Stufe „3b“ zu erhöhen. Dies bedeutet im Vergleich zur aktuell geltenden Stufe des Katastrophenfalls, dass Krankenhäuser, die bisher keine oder nur wenige Covid-19 Patient*innen behandeln, verpflichtet werden können, dies zu tun.

Begründung

erfolgt mündlich

SF 1NEU Erhöhung des Mindestbeitrags

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 27.11.2021

Antragstext

Ab Januar 2022 beträgt der Mindestmitgliedsbeitrag im KV München-Stadt 7€ monatlich.

Der*die Schatzmeister*in beschließt weiterhin über Ausnahmen hiervon aufgrund von persönlichen finanziellen Engpässen. Anträge hierzu sind formlos bei der Geschäftsstelle per Mail einzureichen.

Begründung

Jeder Grüne Kreisverband muss für jedes Mitglied monatlich einen bestimmten Betrag an Landes- und Bundesverband abführen. Für 2021 handelt es sich um monatlich 5,81€, weshalb bisher ein Mindestbeitrag von 6€ für die Mitgliedschaft im Kreisverband angesetzt war. Der abzuführende Betrag errechnet sich aus dem bundesweiten durchschnittlichen Mitgliedsbeitrag, der im Laufe des Jahres 2021 gestiegen ist, da viele Neumitglieder in die Partei eingetreten sind, die im Durchschnitt einen höheren Mitgliedsbeitrag als bisherige Mitglieder zahlen. Daher erhöht sich der monatlich pro Mitglied abzuführende Betrag ab 2022 auf 6,46€. Als Konsequenz soll daher der Mindestbeitrag auf 7€ gesetzt werden, um nicht monatlich ein Minus bei einem regulären Mitgliedsbeitrag zu machen.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass Mitgliedsbeiträge die wichtigste Säule der Finanzierung unseres Kreisverbands sind. Wir sind auf den solidarischen Beitrag jedes Mitglieds angewiesen. Daher bitten wir euch sehr darum, euren Mitgliedsbeitrag wie in unserer Satzung festgelegt, auf 1% eures monatlichen verfügbaren Einkommens zu setzen. Um euren Mitgliedsbeitrag anzupassen, schreibt bitte eine formlose Mail an tom.zipfel@gruene-muenchen.de. Vielen Dank!

SF 2NEU Sondermitgliedsbeitrag MdBs und MEPs des KV München

Gremium: Stadtparteitag
Beschlussdatum: 27.11.2021

Antragstext

Der Kreisverband möge beschließen:

Mitglieder des KV München, die gewähltes Mitglied des Europaparlaments sind, zahlen einen monatlichen Sondermitgliedsbeitrag von 100€ an den Kreisverband.

Mitglieder des KV München, die gewähltes Mitglied des deutschen Bundestags sind, zahlen ab November 2021 einen monatlichen Sondermitgliedsbeitrag von 200€ an den Kreisverband. Nachdem in der Grünen Partei eine Reform der Finanzierungsstrukturen zwischen Bundes-, Landes- und Kreisverbänden stattgefunden hat, wird die Höhe des Sondermitgliedsbeitrags reevaluiert.

Begründung

Sondermitgliedsbeiträge von Grünen Mandatsträger*innen sind eine wichtige Säule der Finanzierung unserer gesamten Partei, aber auch des Kreisverbands. Bei uns Grünen müssen Kandidierende dem Prinzip nach nicht den Wahlkampf aus eigener Tasche zahlen, sondern die Partei zahlt zu großen Teilen den Wahlkampf und die Kandidat*innen zahlen, nachdem sie erfolgreich ein Mandat errungen haben, einen Sondermitgliedsbeitrag. Seit der Bundestagswahl 2021 haben wir in München 3 MdBs und wollen dieses Potenzial nutzen, um die Rücklagenbildung für die nächsten Wahlkämpfe solide aufzustellen.